

## Die Macht der Nation und die Hilflosigkeit deutscher Intellektueller

VON GREGOR SCHÖLLGEN

Der Schock sitzt tief. Die revolutionären Umbrüche der ausgehenden achtziger Jahre haben nicht nur die Fundamente der Weltordnung erschüttert, sondern auch das Weltbild der Intellektuellen, vor allem der deutschen. Hilflos verfolgen sie die Renaissance von Krieg und Bürgerkrieg, die Eruptionen des Nationalismus, auch Deutschlands neue Rolle in der Weltpolitik. Da kommt mitunter Sehnsucht nach jenen Zeiten des Kalten Krieges auf, in denen der Rückzug von der harten Realität der Weltpolitik in die heimische Idylle intellektueller Fundamentalkritik unproblematisch, weil folgenlos und somit an der Tagesordnung war.

Diese Sehnsucht nach einer Zeit, in der die Bundesrepublik schon dank ihrer eingeschränkten Souveränität international kaum Stellung zu beziehen brauchte, läßt heute manchen Intellek-

tuellen unvermittelt in eine »im buchstäblichen Sinne konservative Rolle« rutschen. So zum Beispiel Jürgen Habermas, der sich in letzter Zeit häufiger in Sachen Gegenwart zu Wort gemeldet und gelegentlich auch seine Gedanken zum Thema »Vergangenheit als Zukunft« in Buchform zusammengefaßt hat.<sup>1</sup>

Die »Zumutungen« seines Wechsels in die Rolle eines Konservativen überkommen Habermas im übrigen immer dann, wenn er sich »für die Fortsetzung eines in der alten Bundesrepublik eingeleiteten Prozesses der kulturellen Verwestlichung und Zivilisierung stark« macht. Als ob den jemand rückgängig machen wollte. Sieht man von vereinzelt »Rückrufern« in die Geschichte und intellektuellen Tieffliegern ab, kann es doch allen Denkenden hierzulande nur um die Fortsetzung dieses Prozesses ge-

hen, und es bleibt zu hoffen, daß die in der alten Bundesrepublik gelegten Fundamente den neuen Belastungen standhalten. Ausgemacht ist das noch nicht.

Und was heißt in diesen Tagen eigentlich »Verwestlichung«? Gibt es überhaupt einen verbindlichen Begriff westlicher Zivilisation, gibt es überhaupt »den« Westen? Gerade in einer Zeit allgemeiner Auflösung und Neuorientierung ist die politische, wirtschaftliche, kulturelle Standortbestimmung schwieriger denn je. Historisch so unterschiedlich gewachsene und kulturell so verschiedenartig angelegte Staaten wie Frankreich und die USA lassen sich schwerlich unter dem Dach eines einheitlichen Zivilisationsbegriffs zusammenbringen.

Was die Staaten des »alten« Westens, das heißt der westlichen Welt des Kalten Krieges zusammenband, waren erstens die tatsächliche oder vermeintliche Herausforderung durch den Kommunismus, zweitens das gemeinsame Fundament einer demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnung und drittens ihr Zusammenschluß in den europäischen und atlantischen, eben »westlichen« Gemeinschaften. So gesehen hat sich die Lage grundlegend gewandelt. Die kommunistische Herausforderung gibt es nicht mehr, jedenfalls nicht in der Form des Kalten Krieges, die meisten Staaten Ostmittel- und Südosteuropas sind entschlossen, den schwierigen und langen Weg zur demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnung weiterzugehen und drängen eben deshalb in die westlichen Gemeinschaften.

Diese Entwicklung muß elementare Rückwirkungen auf jenen westlichen »Zivilisationsprozeß« haben, der als solcher von manchen deutschen Intellektuellen erst jüngst entdeckt worden ist, nachdem er namentlich im Falle der Vereinigten Staaten jahrzehntelang mit Skepsis, wenn nicht Arroganz bedacht worden war. Daß sich heute alle darin einig zu sein scheinen, die westliche Tradition der Bundesrepublik fortzuschrei-

ben, ist überraschend, in jedem Fall aber begrüßenswert.

Gelingen kann das jedoch nur, wenn man weiß, daß die westliche Welt heute grundlegend geänderten Rahmenbedingungen ausgesetzt ist, die ihrerseits den »Zivilisationsprozeß« nachhaltig beeinflussen werden: Wenn in einem Teil des Kontinents, etwa eine Flugstunde von der deutschen Grenze entfernt, Menschen vor laufenden Kameras hingemetzelt und Frauen vor den Augen ihrer Kinder vergewaltigt werden, und wenn im anderen Teil die Voyeure dem Treiben abgestumpft zusehen, dann stimmt mit dieser vielgepriesenen Zivilisation etwas nicht, im Osten Europas nicht, und auch nicht im Westen. Wollen wir das von ihr retten, was zu retten ist, müssen wir begreifen, was sie bedroht. Das aber geht nur mit einer nüchternen und realistischen Bestandsaufnahme. »Der Intellektuelle als der strafende Spaziergänger schlechthin«, den Martin Walser in seinem Essay *Deutsche Sorgen* (*Spiegel*, 28. Juni 1993) treffend beschrieb, ist ein auslaufendes Modell. Er ist jedenfalls dieser Aufgabe eines illusionslosen Bilanzierens nicht gewachsen.

Der Blick hat sich vor allem auf die ungeahnte Renaissance der nationalen Idee wie auf ihre chauvinistische Übersteigerung und Pervertierung zu richten. Wer wie Habermas glaubt, die »Organisationsform des Nationalstaates, überhaupt der territorialen Staatsanstalt«, habe »abgewirtschaftet«, verkennt die Realitäten dieser Tage. Mit der Auflösung der Sowjetunion, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei sind alleine in Europa 15 »Staatsanstalten« neu beziehungsweise erneut entstanden: Rußland, Estland, Lettland, Litauen, Weißrußland, die Ukraine, Moldawien, die Slowakei, Tschechien, Mazedonien, Serbien, Bosnien, Kroatien, Slowenien und eben nicht zuletzt Deutschland. Dabei sind jene Gebiete nicht einmal mitgezählt, die den Anspruch auf einen eigenen Nationalstaat erheben, wie die Regionen von Kosovo und Novi Pazar, aber völkerrechtlich nicht oder noch nicht aner-

<sup>1</sup> Jürgen Habermas, *Vergangenheit als Zukunft. Das alte Deutschland im neuen Europa?*. München: Piper 1993.

kannt sind. In den Augen ihrer Bewohner haben die meisten dieser neuen Staaten namentlich eine Eigenschaft gemein: Sie sind allesamt Nationalstaaten. Ohne dieses Selbstverständnis ließen sich die meisten Auseinandersetzungen dieser Tage, Folgen eines hemmungslosen Nationalismus, kaum verstehen.

Von diesen Zuständen unterscheidet sich die Lage im Westen des Kontinents – bislang – nur graduell, nicht aber grundsätzlich. Man muß durchaus kein Gegner der europäischen Einigung sein, um zu bilanzieren: Die Ereignisse seit den ausgehenden achtziger Jahren haben doch gerade deutlich werden lassen, daß die nationale Idee nicht aufkündbar ist, daß sich der Nationalstaatsgedanke also trotz oder wegen der europäischen Integrationsbemühungen gerade nicht überlebt hat. Auch das Bundesverfassungsgericht hat ja in seinem Maastricht-Urteil vom 12. Oktober 1993 festgehalten, daß Deutschland »die Qualität eines souveränen Staates aus eigener Kraft« bewahren müsse. Die Europäische Gemeinschaft bedeutet also »nichts weniger« als das »Ende der Nationen«. Das hat jüngst selbst Jacques Delors, der Präsident ihrer Kommission, in *Das neue Europa* nachdrücklich betont.

Es bedarf keiner prophetischen Gaben, um die Prognose zu wagen, daß die Staaten der EU auch in Zukunft ihre »Nationalfahnen« hissen, ihre »Nationalmannschaften« zu »internationalen« Sportfesten und ihre Vertreter in die »Vereinten Nationen« schicken werden, und es wäre ja schön, wenn es bei diesen symbolträchtigen Bekundungen nationaler Identität bliebe. Aber es könnte auch durchaus anders kommen. So wie es jetzt aussieht, erfahren mit der nationalen Idee auch die alten, längst totergegläubten Klischees, Vorurteile und Feindbilder eine unverkennbare Belebung. Die Meinungsumfragen unter niederländischen Jugendlichen haben ein erschreckend eindeutiges Bild ihrer deutschen Nachbarn ergeben, angesichts dessen man kaum auf den Gedanken käme, daß es je so etwas wie eine europäi-

sche Idee gegeben hat oder geben könne. Tatsächlich erfahren Europa-Gedanke und europäische Integration derzeit eine nicht unbeträchtliche Konkurrenz durch die allgemeine Renaissance des Nationalstaats in Europa. Daß beispielsweise Flamen und Wallonen, Iren oder Basken in absehbarer Zeit zu dem Schluß kommen werden, die nationale Idee seit tot, ist wenig wahrscheinlich.

Und warum sollten kleinere Völker und Nationen aus ihrer Sicht nicht dasselbe Recht haben und einklagen, das größere ganz selbstverständlich für sich beanspruchen? Immerhin stellte der französische Premierminister Edouard Balladur im September 1993 vor dem Hintergrund der festgefahrenen GATT-Verhandlungen unmißverständlich klar: »Frankreich hat wie alle anderen Länder das Recht, seine wesentlichen nationalen Interessen zu verteidigen.« Und etwa zur gleichen Zeit formulierte der britische Premierminister John Major nicht minder unzweideutig: »For us, the nation state is here to stay.«

In der Tat: Hatte nicht gerade die deutsche Vereinigung gezeigt, daß die Realisierung der nationalen Idee selbst im nahezu undenkbaren Fall offenbar doch möglich ist? Es hilft alles nichts: Mit der Vereinigung und der Erlangung voller staatlicher Souveränität nach fast einem halben Jahrhundert haben die Deutschen genau das erreicht, was ihr Grundgesetz von ihnen und sie von allen anderen forderten: ihren Nationalstaat. Daß wir uns heute mit dieser Errungenschaft in praktisch jeder Hinsicht schwertun, daß mancher die Einheit zum Teufel wünscht, daß die widerliche Renaissance von Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus dem jungen Nationalstaat ein Armutszeugnis ausstellt, steht auf einem anderen Blatt und ändert nichts an den Fakten: Auch die deutsche Vereinigung bestärkt den europäischen Trend hin zu einer Renationalisierung des Kontinents, und das um so stärker, je deutlicher sich abzeichnet, daß es in absehbarer Zukunft kaum zu einer Politischen Union Europas im ursprünglichen

und eigentlichen Sinne des Wortes kommen wird.

Das ist kein Wunschtraum, das ist ein Befund, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Aus ihm ergibt sich eine der großen Fragen der Zukunft: Wird es gelingen, die Renaissance des Nationalstaats auch im westlichen Europa in Einklang mit der Integration des Kontinents zu bringen? Denn die muß voranschreiten, namentlich bei der Vorbeugung und Verhinderung von Umweltkatastrophen, der Kanalisierung der Flüchtlingsströme oder auch der Bekämpfung der internationalen Kriminalität. Zu einer europäischen Lösung gibt es keine Alternative, weder in diesen Fragen noch auf den klassischen Betätigungsfeldern der Europäischen Union, allen voran dem Gemeinsamen Markt. Wie indessen die Verhandlungen zwischen den Staaten der EU und der EFTA (außer der Schweiz) über die definitive Erweiterung der EU gezeigt haben, formen partikuläre nationalstaatliche Interessen nach wie vor, wenn nicht mehr denn je, das größte Hemmnis auf dem Weg hin zu einem wie immer geeinigten Europa.

Vielleicht bildet ja die bewußte Annahme der neuen Realitäten, bildet das Akzeptieren der nationalen Idee die eigentliche Voraussetzung ihrer künftigen Überwindung, auch im deutschen Fall. So gesehen ist Deutschland jetzt tatsächlich wieder ein »normaler« Nationalstaat unter anderen. Das ist keineswegs jene »aufatmend-triumphierende Feststellung«, die Jürgen Habermas unterstellt, sondern eine »schlichtweg auf gesundem Menschenverstand« basierende Bilanz, wie Timothy Garton Ash in seinem Buch *Im Namen Europas* diagnostiziert. Und die von Habermas prognostizierte »zweite Lebenslüge« der Bonner Republik würde gerade darin bestehen, diesen Sachverhalt zu ignorieren. Man kann aus einer Nation und ihrer Geschichte nicht einfach austreten »wie aus einem Verein«, sagt Martin Walser.

Und dann könnte eine Verkennung oder Verdrängung der neuen Lage jenem historischen Vergessen Vorschub leisten,

das in der gegebenen Situation verheerend wäre und das zu verhindern die deutschen Intellektuellen ja dem Vernehmen nach zu ihrer vornehmsten Lebensaufgabe gemacht haben. Wer nüchtern zur Kenntnis nimmt, daß die Bundesrepublik mit der Vereinigung erneut ein Nationalstaat ist, und zwar mit erheblichem Gewicht in Europa und der Welt, wird sorgsam darauf achten, daß dieser zweite deutsche Nationalstaat nicht die Ungeschicklichkeiten, Fehler und Verbrechen des ersten verdrängt, vergißt oder gar wiederholt.

Das kann eine Gratwanderung werden, sind doch in diesen Tagen ausgerechnet die Deutschen aufgerufen, eine Verantwortung zu übernehmen, die dem Status ihres Landes als souveränem, gleichberechtigtem Nationalstaat und seiner Stärke als europäischer Großmacht entspricht. Weil Habermas mit seiner Einschätzung recht hat und sich in Europa »noch nie die Waage der Verantwortung für Anomie, Bürgerkrieg und Chaos, die sich in den Weiten des Ostens ausbreiten, so eindeutig zu Lasten Westeuropas« gesenkt hat, sind alle gefordert, insbesondere natürlich die reichen und starken Nationen. Und wenn Verantwortung zu übernehmen bedeutet, das Chaos und seine Begleiterscheinungen wie den systematischen Genozid, den tausendfachen Hungertod oder die massenhafte Vertreibung zu beenden oder doch wenigstens zu begrenzen und damit übrigens auch einem Übergreifen etwa auf andere Teile Europas vorzubeugen, dann bedarf es des Einsatzes geeigneter Mittel. Worte helfen nicht, und eine »multilaterale koordinierte Weltinnenpolitik«, auf die Habermas hofft, mag ja erstrebenswert sein, ist aber ebensowenig in Sicht wie eine »Europäische Sicherheitsgemeinschaft«, deren Modell Egon Bahr 1993 vorgestellt hat.

Also bleibt es bei den bekannten, wenig befriedigenden Mitteln, von den sogenannten humanitären Maßnahmen wie technischer oder wirtschaftlicher Unterstützung bis hin zu Sanktionen und massiven Interventionen, die äußer-

stenfalls militärischer Natur sein können oder müssen. Daß dabei gerade Deutschland nicht nach Art der wilhelminischen Imperialisten im Alleingang operieren darf, ist eine Binsenweisheit. Kaum verbreitet ist hierzulande allerdings das Bewußtsein, daß die Bundesrepublik, wenn sie in diesem Sinne als normales Mitglied der Völkergemeinschaft tätig wird, natürlich immer schon Machtpolitik treibt, übrigens auch dann, wenn nicht ein einziger Soldat an dem Unternehmen beteiligt ist. Daß sich die deutschen Intellektuellen bislang vor der überfälligen Bestandsaufnahme drücken und das Kind nicht beim Namen nennen, hat auch damit zu tun, daß die Angst vor diesem Gedanken offenkundig gerade ihnen in den Knochen steckt.

Diese tiefsitzende Berührungangst der Deutschen mit dem Phänomen der Macht hat ihren Grund. Sie ist das Ergebnis zweier Weltkriege einschließlich eines rassenideologischen Vernichtungsfeldzuges, wie ihn die zivilisierte Welt bis dahin nicht kannte. Einen Wiederaufstieg Deutschlands zu einer Groß- oder gar Weltmacht zu verhindern, war folglich das wichtigste Anliegen der alliierten Sieger nach 1945. Die Voraussetzung dafür lag in der Zerschlagung des deutschen Nationalstaats. In der Formulierung bestand Einigkeit, mit welchen Mitteln es erreichbar war, blieb umstritten. Der Kalte Krieg war auch Ausdruck der Uneinigkeit der Sieger in der Frage, wie dieses Deutschland kontrolliert und an einem Wiederaufstieg gehindert werden sollte. Mit seinem Ende entfiel die Kontrolle, zerbrach der Konsens in der Zielsetzung: Ein halbes Jahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg ist Deutschland wieder vereinigt, wieder auf dem Weg zu einem Nationalstaat und damit zu einer europäischen Großmacht. Daran haben jedenfalls die Nachbarn keinen Zweifel, und daran sollten sich die Deutschen so schnell wie möglich gewöhnen.

Hier harrt der Intellektuellen eine neue, eine wichtige Aufgabe. Es gilt zu zeigen, daß Macht nun einmal ein Faktor

im Leben der Menschen, Völker und Staaten ist. Ebendeshalb birgt sie immer schon beides in sich, die Gefahr des Machtmißbrauchs, wie die Deutschen ihn vor 1945 exzessiv getrieben haben, und die Chance ihres Einsatzes für lebensrettende, friedenserhaltende Zwecke, der heute von der Bundesrepublik erwartet wird.

Gerade hier wird sich im übrigen zeigen, wie tiefgreifend und erfolgreich der von Habermas beschworene Prozeß der »kulturellen Verwestlichung und Zivili-sierung« tatsächlich ist: Nicht wenn sich Deutschland als ein europäischer Nationalstaat wie Frankreich, Großbritannien oder Belgien verhielte, sondern im deutschen Abseitsstehen läge heute die Verabschiedung von den westlichen Werten. Eine Frage wie die, ob man einen Zerstörer der Bundesmarine für einen Inspektionsauftrag der UNO im Rahmen einer WEU-Aktion und als Teil eines NATO-Verbandes in eine Krisenregion entsendet, darf nicht, wie im Sommer 1992, Gegenstand einer sich über Wochen schleppenden Kontroverse sein. Die Vorstellung, daß die deutschen Besatzungen aus den AWACS-Maschinen der NATO gestiegen wären, als diese im Auftrag der Vereinten Nationen zur Durchsetzung ihrer Beschlüsse eingesetzt wurden, ist auch noch im Rückblick grotesk.

Im Verein mit anderen dafür Sorge zu tragen, daß die EU, die NATO oder die UNO nicht einen folgenschweren Gesichtsverlust erleiden, wie unter Umständen in Somalia, Haiti oder Kambodscha, oder kraß versagen, wie jedenfalls zum Teil in den Kriegsgebieten des vormaligen Jugoslawien, das gehört in diesen Tagen zu den Aufgabe einer zivilisierten Macht der westlichen Welt. Wer es wie Habermas für »vernünftig« hält, »die Autorität der Vereinten Nationen soweit zu stärken, daß den Resolutionen der Völkergemeinschaft erforderlichenfalls auch mit militärischen Mitteln Nachachtung verschafft werden kann«, der muß auch sagen, daß sich dann alle UNO-Mitglieder grundsätzlich daran zu halten und zu beteiligen haben. Denen,

die ein entsprechendes Engagement auch der Bundesrepublik für unabdingbar halten, im gleichen Atemzug vorzuwerfen, sie wollten »endlich wieder deutsche Truppen an der Front sehen« und Deutschland »im dritten Anlauf die Stellung einer europäischen Vormacht in der Mitte des Kontinents« sichern, entbehrt zumindest der Logik.

Nur wenn die deutschen Intellektuellen sich auf den Boden der neuen Realitäten stellen, können sie ihren Beitrag zu jener Kontroverse über die »Rolle« der »erweiterten Republik« leisten, die nach der zutreffenden Beobachtung von Jürgen Habermas bislang verdrängt wurde und die daher jetzt »fällig« ist.